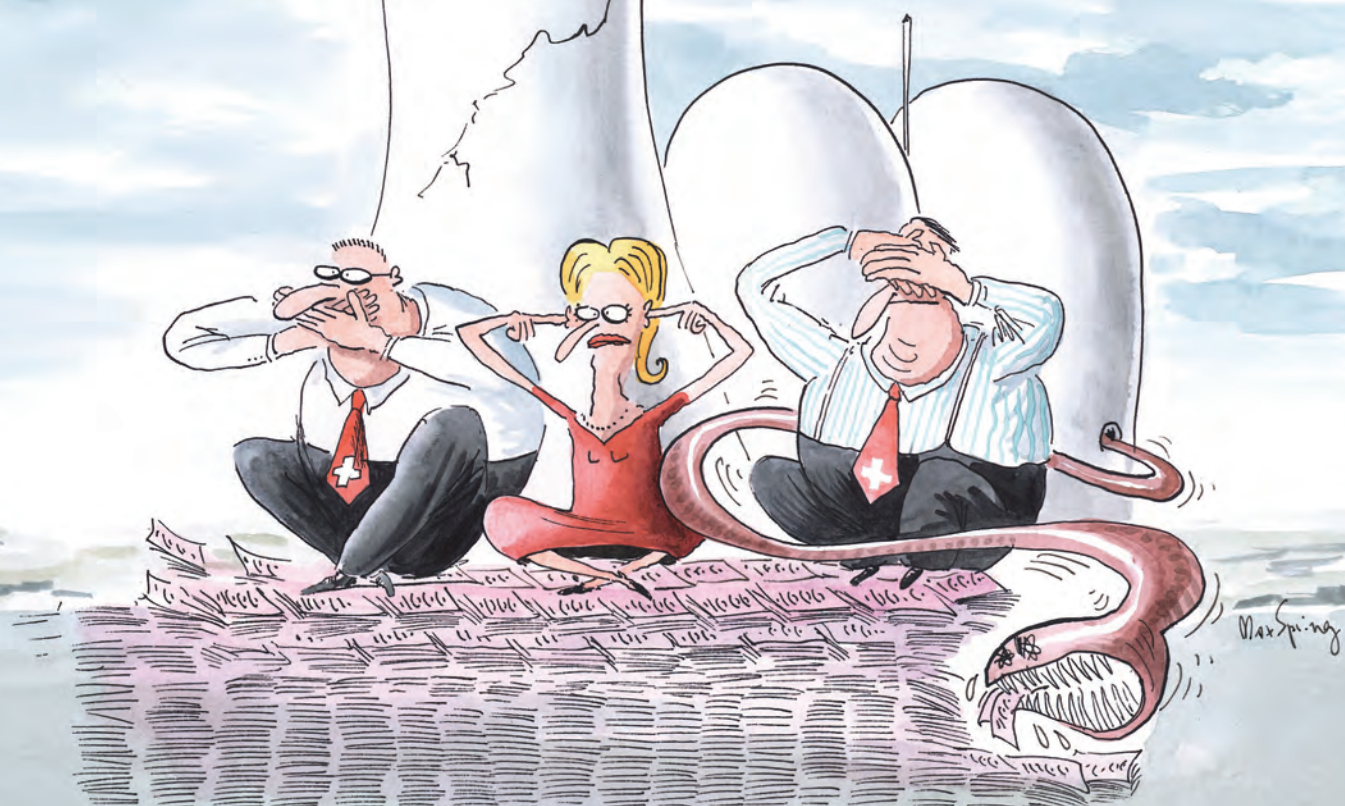


SOLIDARISCH



IMMER DEUTLICHER ZEIGT SICH, DASS DIE ATOMKRAFT nicht nur aus ökologischen, sondern auch aus ökonomischen Gründen keine Zukunft mehr hat.

Das Ende der Atomkraft – jede Woche kommt es näher



Eric Nussbaumer,
Nationalrat SP,
Baselland

Vor Jahrzehnten wurden die Atomkraftwerke als «Lösung» des Energieproblems beschrieben. Inzwischen wissen wir, sie sind nur eine gesellschaftliche Last. Auch wenn sie staatlich kontrollierten Unternehmen gehören, es ist kein Volksvermögen. Es sind Volksschulden, die sich da über Jahre angehäuft haben, verwaltet von allen möglichen Alt-Regierungsräten, die nicht so richtig Bescheid wissen, was energietechnisch möglich ist.

Deutschland ist weiter als die Schweiz

Fukushima, steigende Kosten und energietechnische Innovationen machen jetzt den AKW den Garaus. Deutschland ist da schon etwas weiter als unser Land. In Kenntnis des stattfindenden Umbaus in Richtung mehr erneuerbare Energien hat man entschieden, dass der Atomausstieg nun politisch festgelegt werden muss. 2022 ist Schluss mit Atomkraft.

In der Schweiz geht alles etwas gemächlicher. Nach Fukushima hat man auch hier erkannt, was diese Technologie alles zerstören kann. Die Lebensgrundlagen könnten eines Tages rund um Gösgen, Leibstadt oder Beznau nachhaltig verseucht sein. Die halbe Schweiz wäre betroffen. Wer genug weit denken kann, müsste auch hier die Abschaltung politisch durchsetzen. Aber unser Land denkt nicht gerne so weit – heute ist ja alles sicher und es wird ja wohl so bleiben. «Atomkraftwerke können sicher weiterbetrieben werden», schallt es wieder aus dem Bundesratszimmer.

AKWs vernichten Geld

Wenn man politisch nicht klug entscheidet, dann steht irgendwann die ökonomische Realität vor der Tür und klopft heftig an. Die Bernischen Kraftwerke haben es als Erste verstanden: Es macht keinen Sinn, einen Atomreaktor am Lebensende noch lange wei-

terzubetreiben. Die Kosten werden höher und höher und auch der Umbau des Energiesystems führt dazu, dass solche Kraftwerke nicht mehr nachgefragt werden. Der Strommarkt braucht flexible Produktionsmöglichkeiten, AKWs gehören nicht dazu.

Durch Lobbybriefe und durch Aufsehen erregende Äusserungen aus dem Hause Alpiq und Axpo ist in den letzten Wochen klar geworden, dass der Betrieb von Schweizer AKWs im jetzigen Umfeld ein Defizitgeschäft ist. Bei der Alpiq führt dies dazu, dass die Kassen in einigen Jahren leer sind. Deshalb muss sie bereits jetzt daran denken, Wasserkraftwerke zu verkaufen. Eine solche Transaktion dauert mehrere Jahre und wenn durch den Verkauf von Vermögenswerten nicht rechtzeitig Geld in die Kasse gespült wird, dann ist fertig lustig.

Wasserkraft als Volksvermögen bewahren

Die alten, unrentablen und starr produzierenden Atomkraftwerke machen Alpiq und die Axpo kaputt. Deshalb wäre es richtig, sie endlich kontrolliert ausser Betrieb zu nehmen. Natürlich kann

man verlangen, dass sie alles aus der eigenen Tasche bezahlen. Damit macht man es sich aber zu einfach, denn dies würde auch den Verkauf der Wasserkraft bedeuten. Wenn man dies nicht will, weil die Wasserkraft das einzige verbleibende Volksvermögen ist, dann müssen Kantone und der Bund das Ende der Atomkraft besiegeln. Der Bundesrat hat sich hinter dem Spruch versteckt, es werde so lange betrieben, wie alles sicher sei. Jetzt muss er endlich sagen, was es denn nützt, wenn der Betrieb jede Woche Geld vernichtet und am Schluss nicht genug Geld für Stilllegung und Entsorgung da ist.

Das Atomkraft-Ende naht

Wir sitzen auf einer grossen AKW-Blase. Alles wurde uns nur vorgespielt. Jetzt wird Woche für Woche deutlicher, dass der billige Atomstrom eben gar nicht so billig ist. Linke Politik hat das schon seit Jahren angemahnt. Es ist noch nicht alles Geld für die Stilllegung einbezahlt. Das muss jetzt zwingend für die alten Meiler Beznau und Mühleberg nachgeholt werden. Die Beiträge für Leibstadt und Gösgen müssen

sofort erhöht werden. Notabene will das auch der Bundesrat, doch die Betreiber bekämpfen das Ansinnen vor Gericht. Allein schon dieser Sachverhalt zeigt, dass es dringend einer politischen Entscheidung für den Atomausstieg bedarf. Die Kantone hatten Jahr für Jahr die Firmen ausgehöhlt und satte Dividenden eingefordert. Das Resultat sind unterkapitalisierte Firmen, die nur noch einige Jahre zu leben haben. Retten kann man diese Firmen und ihre

Wasserkraft, wenn man sie von der Volksschuld der Atommeiler befreit. Es ist eine Kombination von vielen Faktoren, die das Ende der Atomkraft besiegelt. Bevor es so weit ist, stehen uns noch ein paar schwierige Wochen bevor. Sich von dieser unmenschlichen Technologie zu trennen, kostet uns noch einige Millionen. Aber es ist zwingend, volkswirtschaftlich und energiewirtschaftlich haben Atomkraftwerke keine Daseinsberechtigung mehr.



Ein atomarer Reaktordruckbehälter wird zur Entsorgung abtransportiert

Eine sinnvolle Asylreform



Mustafa Atici,
Präsident SP
MigrantInnen,
Basel-Stadt

Am 5. Juni stimmen wir über die Asylreform ab. Mit dieser wird der Asylbereich neu strukturiert. Kernpunkte sind schnellere Verfahren und eine unentgeltliche Rechtsberatung. Es ist dies die erste Reform, welche die Situation der Asylsuchenden verbessert, anstatt diese schlechter zu stellen. Angesichts der Bilder, die uns seit Monaten aus Osteuropa und dem Mittelmeer erreichen, ist es erfreulich, dass eine grosse Mehrheit in National- und Ständerat dieser Lösung zugestimmt hat. Als einzige Partei hat sich die

SVP dagegen gewehrt und schlussendlich auch das Referendum gegen das Asylgesetz ergriffen. Damit verdeutlicht sie einmal mehr, dass sie nicht an der Lösung von Problemen interessiert ist. Lieber

wäre ihr das von ihr herbeigedrehte «Asyl-Chaos», um daraus politisch Kapital zu schlagen.

Schneller, gerechter, günstiger

Die SVP bekämpft die Reform unter dem Schlagwort der «Gratisanwälte». Gerade diese sind aber ein Eckpfeiler der Reform: Sie müssen dafür sorgen, dass die Verfahren trotz des hohen Tempos und der kurzen Beschwerdefristen rechtsstaatlich korrekt ablaufen. Die stark gesunkene Rekursquote im Testbetrieb beweist, dass die Verfahren dank der unentgeltlichen Rechtsberatung schneller, aber trotzdem fair und korrekt durchgeführt werden.

Angesichts der vielen hundert Menschen, die in den letzten Monaten auf der Flucht ihr Leben verloren haben, ist es aber

sehr bedauerlich, dass die Reform nicht dazu genutzt wurde, die Abschaffung des Botschaftsasyls wieder rückgängig zu machen. Damit könnten Flüchtlinge auf Schweizer Vertretungen im Ausland ein Asylgesuch stellen und müssten nicht mit Hilfe von Schleppern unter Lebensgefahren nach Europa kommen.

DSI-Nein bestätigen

Nachdem es uns gelungen ist, eine Mehrheit der Stimmbevölkerung am 28. Februar von einem Nein zu der eines Rechtsstaates unwürdigen SVP-Initiative zu überzeugen, ist es wichtig, diesen Erfolg am 5. Juni zu bestätigen. Ein Ja zur Reform wäre auch ein starkes Zeichen gegen die in Europa immer weiter um sich greifende Feindseligkeit gegenüber Flüchtlingen.





Trübe Aussichten in Luzern: Der Kanton hat die Unternehmenssteuern bereits radikal gesenkt – jetzt werden massiv öffentliche Leistungen abgebaut.

Sie gehört zu den zentralen Geschäften der noch jungen neuen Legislaturperiode: **DIE UNTERNEHMENSSTEUERREFORM III (USR III).**

Unternehmenssteuerreform? Ein Laden für Steuergeschenke à gogo



Ada Marra,
Nationalrätin SP,
Waadt

Der Rahmen, in dem sich diese Reform abspielt, ist ein sehr spezieller: Die Europäische Union und die OECD dulden die speziellen Steuerregime nicht länger, mit denen es die Schweiz Unternehmen ermöglicht, im Ausland erzielte Erträge zu lächerlich tiefen Sätzen zu versteuern.

Steuerwettbewerb wird weiter angeheizt

Selbstverständlich unterstützt die SP-Bundeshausfraktion diese Wende. Sollte es der OECD gelin-

gen, ihre Reformen auf den grossen wirtschaftlichen Schauplätzen durchzusetzen, wäre dies ein entscheidender Schritt vorwärts. Diesem grundsätzlichen Ja entsprechend war in unsern Reihen das Eintreten auf den bundesrätlichen Reformvorschlag unbestritten.

Die Besonderheit dieser Reform liegt im Weg, der gewählt wurde, um die steuerliche Gleichbehandlung von gewöhnlichen Firmen (mit höheren Steuersätzen) und solchen mit Sonderstatus wiederherzustellen: ein einheitlicher Steuersatz für alle – wobei die Kantone diesen nach freiem Ermessen festlegen. Dies hat zwei Konsequenzen: erstens eine Steuersenkung für zahlreiche Schweizer Unternehmen, zum andern eine Verschärfung

des interkantonalen Steuerwettbewerbs, denn beim Werben um neue Firmen hat jener mit dem tiefsten Steuersatz die Nase vorn.

Löcher in den Kantonskassen

Doch schon heute herrscht, weil diese Konkurrenz die Einnahmen schwinden liess, in den Kantonskassen Ebbe; auszubaden hat dies die Bevölkerung. So hat zum Beispiel der Kanton Wallis 2015 die Verbilligung der Krankenkassenprämien von 21.000 Personen streichen müssen! Und in Luzern wurde kurzerhand beim Schulunterricht eine Woche abgezwickelt. Für die Sozialdemokratische Partei ist sonnenklar, dass diese Reform von den Unternehmen selbst und ihren Aktionären bezahlt werden muss – durch jene, die davon profitieren.

Gelinde gesagt laufen die Reformarbeiten bisher nicht in diese Richtung. Was da entsteht, ist vielmehr ein riesiger Steuergeschenk-Selbstbedienungsladen. Steuererleichterungen, um das Risiko zu minimieren, dass mobile Unternehmen (mit in Zukunft höheren Steuersätzen) aus der Schweiz abwandern, hätte man sich ja durchaus vorstellen können. Nun aber sind sie für *alle* Unternehmen vorgesehen, nicht nur für die Holding-, Domizil- und gemischten Gesellschaften. So auch die zinsbereinigte Gewinnsteuer oder die happigen Abzüge für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen.

Auf 1,5 Milliarden belaufen sich – Stand heute – die Kosten der USR III für den Bund, und hunderte Millionen Franken teu-



Unternehmenssteuerreform II: Hans-Rudolf Merz (hier mit Vladimir Putin am WEF) prognostizierte Ausfälle in Millionenhöhe, tatsächlich wurden es aber Milliarden.



Die SP hat bereits das Referendum angekündigt, falls die Kosten für den Bund mehr als eine halbe Milliarde Franken betragen.

n Selbstbedienungs- go!

er kommt sie Kantone und Städte zu stehen. Der Bund hat sich verpflichtet, deren Einbussen zu kompensieren: Die anderthalb Milliarden werden in der Bundeskasse fehlen, ohne dass auch nur eine einzige Ausgleichsmassnahme auf der Einnahmenseite vorgesehen wäre. Im Gegenteil. Sparprogramme waren schon vor der Reform in die Wege geleitet. Büssen wird für die Steuerausfälle die einfache Bürgerin, der einfache Bürger.

Referendum wohl unvermeidlich

Uns allen ist noch in lebendiger Erinnerung, was sich bei der Unternehmenssteuerreform II zutrug, die 2008 nur mit einer 50,5%-Mehrheit das Referendum überstand. Ein Referendum, bei dem das Volk, wie das Bundes-

gericht später feststellte, an der Nase herumgeführt worden war, sollte doch die am Ende wohl 8 Milliarden teure Reform angeblich bloss 800 Millionen kosten...

Alle unsere Bemühungen, diese USR III in Form einer erhöhten Dividendenbesteuerung oder der Einführung einer Kapitalgewinnsteuer durch die Aktionäre gegenfinanzieren zu lassen, sind gescheitert.

Unsere Verhandlungsangebote an die politische Rechte wurden ausgeschlagen. Sie verhandelt nun intern darüber, wie weit sie gehen kann, ohne einem Referendum von links allzu sehr Vorschub zu leisten.

Ein Referendum, das die SP schon angekündigt hat und das die Gewerkschaften zweifellos mittragen werden.

Information aus erster Hand

Mit dem Magazin «solidarisch» informiert die SP Schweiz ihre Gönnerinnen und Gönner aus erster Hand über aktuelle politische Entwicklungen.

SP-Mitglieder aus dem National- und Ständerat berichten über ihre jeweiligen Fachgebiete, um Sie über unsere politische Arbeit ins Bild zu setzen.

Unser Einsatz für die sozialdemokratischen Ziele kann dank Ihrer Unterstützung fortgesetzt und verstärkt werden. Wenn Sie «solidarisch» regelmässig, ohne Verpflichtung, erhalten möchten, senden Sie bitte Ihre Postanschrift an solidarisch@spschweiz.ch.

Mit bestem Dank
SP Schweiz

55 Monatsrenten pro Kopf für Versicherungsbürokratie

DER RENTENKLAU GEHT WEITER: Die Grossverdiener kassieren auf Kosten der kleinen Versicherten.



Rudolf Rechsteiner, alt Nationalrat SP, Basel-Stadt

«Altersvorsorgereform 2020» heisst die Grossbaustelle von Bundesrat Alain Berset (SP). Der Ständerat hat erste Beschlüsse gefällt und will die Absenkung der BVG-Renten mit einer um 70 Franken pro Monat höheren AHV-Rente ausgleichen. Das ist eine sehr gute Idee, stösst aber im rechtsbürgerlichen Nationalrat auf heftigen Widerstand.

22,1 Prozent Verwaltungskosten

Etwas in den Windschatten dieser Diskussion ist das Thema Rentenklau und BVG geraten. Wer bei einer Lebensversicherung versichert ist, verliert im Laufe seines Lebens umgerechnet 55 Monatsrenten. 22,1 Prozent der BVG-Prämien bleiben im Durchschnitt in der Versicherungsbürokratie hängen.

Besonders unschön: Es trifft

vor allem Versicherte mit tieferen Löhnen, die in kleinen und mittleren Unternehmen arbeiten, die sich keine eigene Pensionskasse leisten. Sie finanzieren «obligatorisch» die Fettpolster der Versicherungen und werden, wenn nun der Umwandlungssatz weiter sinkt, immer weniger Geld im Portemonnaie haben.

Umverteilung hin zu den Konzernen

Während sich die Bürgerlichen über die guten AHV-Beschlüsse des Ständerates aufregen, wird die wahre Umverteilung in den Sozialversicherungen gar nicht erst diskutiert. Es geht um die wachsenden Verluste durch schlechte Verzinsung und Minuszinsen. Sie macht die Reichen noch reicher, die sich neu aus den Pensionskassenportfolios für ihre Geschäfte sozusagen gratis verschulden können. Und es geht um die nach wie vor horrenden Verwaltungskosten, die von der Aufsichtsbehörde Finma Jahr für Jahr im Interesse der Versicherungskonzerne durchgewinkt werden.

Die Chefs der Lebensversicherungen verdienen etwa das Zehnfache im Vergleich zu den Chefs der AHV. Und die Eigenkapitalrenditen im BVG-Geschäft erreichen zweistellige Werte, wie eine Schätzung des Zürcher Pensionskassenspezialisten Jürg Jost zeigt, der für den K-Tipp regelmässig die Versicherungen untersucht.

Leider bringt die Altersvorsorgereform 2020 für all diese Fragen keine Lösungen. Die Pensionskassen werden geplagt von einer lange anhaltenden Anlage-not. In der Schweiz werden Jahr für Jahr 50 Milliarden Franken mehr gespart als investiert. Folge davon sind ein enormer Aufwertungsdruck auf den Franken und die Gefährdung des Werterhalts der Anlagen, denn heute sind selbst Staatspapiere nicht mehr wertsicher.

Entwicklungshilfe für Lebensversicherungen

So kommt es, dass die Lebensversicherungen ihre Zahlungsverprechen nicht mehr einhalten können. Immer mehr Pensionskassen geraten in Not

und es blühen ihnen Nachfinanzierungen von Renten, die man schon einmal finanziert hat. Bisher wurden die fehlenden Mittel aus den überhöhten Risikoprämien geholt, wo Margen zwischen 50 und 100 Prozent nichts Aussergewöhnliches sind und von den Behörden absegnet werden. Neu wird im BVG eine Rentenumwandlungsgarantieprämie verankert. So müssen die Lebensversicherungen nie mehr auf die Aktionäre zurückgreifen, sondern können fehlende Mittel nachfordern. Das ist für die Aktionäre sehr praktisch. Sie erhalten zweistellige Renditen ohne Risiko. Und das in einem Umfeld von Nullverzinsung und Minuszinsen. Die Schweiz wird zum Schlaffaffenland der Umverteiler. Aber die Richtung ist verkehrt. Sozialstaat heisst neu, dass die Grossverdiener kassieren und die kleinen Versicherten verlieren.

Nur eine Aufstockung der AHV macht Sinn. Dort sparen die Versicherten Verwaltungskosten in Höhe von 19 Prozent ihrer Prämien, verglichen mit der 2. Säule.

2014	Entschädigung Verwaltungsratspräsident	Entschädigung CEO	Währung
Helvetia	904 000	1 759 000	CHF
Swiss Life		1 725 000	CHF
Basler	1 551 000	1 939 000	CHF
Pax	1 269 244	1 069 000	CHF
AXA Winterthur	3 488 000	2 327 000	Euro

	Ausschüttung	Eigenkapitalrendite	Eigenkapitalquote
Allianz Suisse	90.00	7,76 %	6,16 %
AXA	91.40	8,45 %	4,93 %
Swiss Life	92.55	12,69 %	2,52 %
Helvetia	93.26	17,71 %	2,16 %
PAX	94.98	16,43 %	1,55 %
Basler	95.45	10,15 %	2,38 %



**ALTERNATIVE
BANK
SCHWEIZ**

Anders als Andere.

«Die ABS und die Gesewo verbindet der umsichtige Umgang mit ökologischen Ressourcen. Unser Projekt beweist, dass es sich lohnt.»

Martin Geilinger, Geschäftsführer der gemeinnützigen Genossenschaft für selbstveraltetes Wohnen, Gesewo, Winterthur.

Die Alternative Bank Schweiz AG ist seit ihrer Gründung auf gemeinnützige Wohnprojekte spezialisiert. Schweizweit beraten wir kleine, selbstverwaltete Genossenschaften ebenso wie grosse, professionell verwaltete Wohnbauträger.

Dank dem einzigartigen ABS-Geschäftsmodell können auch unkonventionelle Wohnformen realisiert werden: Mit ABS-Förderkrediten unterstützen wir partizipatives und autonomes Wohnen und Wohnraum zu besonders fairen Preisen.



www.abs.ch